



Neues aus Düsseldorf für Südwestfalen

Mai 2016



Neues im Landtag – Die Plenarsitzungen im Mai

Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Woche tagte der Düsseldorfer Landtag. Über die aktuellen Themen und Gesetzesvorhaben wollen wir Sie an dieser Stelle informieren. Weitere Informationen zur **Tagesordnung** sowie weitere **Hintergrundinformationen** finden Sie [hier](#):

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz

Die CDU-Fraktion hat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes in NRW in den Landtag eingebracht. Ziel des Gesetzesentwurfs ist es, dass künftig auch Personendaten gewaltbereiter Minderjähriger unter 16-Jahren erfasst werden dürfen. Nach geltender Rechtslage ist dies nicht erlaubt. Innenminister Jäger hatte bereits angekündigt, einen solchen Gesetzesentwurf vorzulegen. Bis heute lag ein solcher Entwurf jedoch nicht vor. Aus diesem Grund hat die CDU den Gesetzesentwurf vorgelegt, „damit Rot-Grün bei der Inneren Sicherheit in die Puschen kommt“, wie der Paderborner Abgeordnete Daniel Sieveke im Plenum für die CDU erklärte. [Mehr...](#)

Kita-Kollaps verhindern

In einem gemeinsamen Antrag mit der FDP fordert die CDU-Fraktion eine stärkere finanzielle Unterstützung von Kindertagesstätten (KiTas). Damit soll der strukturellen Unterfinanzierung von KiTas entgegengewirkt werden. Die sogenannte „Kindpauschale“ erhöht sich aktuell jedes Jahr um 1,5 Prozent. Das reicht jedoch nicht aus, um zum Beispiel die steigenden Personalkosten auf Dauer zu decken. Nötig ist deshalb eine sofortige Vereinfachung des Finanzierungssystems sowie eine Dynamisierung der Kindpauschalen, damit Kindertagesstätten auch in Zukunft sicher bestehen können. [Mehr...](#)

CDU-Anträge: „Aufnahmesystem für Asylsuchende an Zugangssituation anpassen“ und „Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben“

Mit der Vorlage von zwei Anträgen fordert die CDU-Fraktion zahlreiche Verbesserungen bei der Aufnahme von Asylsuchenden in NRW: mit dem Antrag „[Aufnahmesystem für Asylsuchende an Zugangssituationen anpassen](#)“, fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, ein nachhaltiges Konzept zur Zukunft des Erstaufnahmesystems zu erstellen. So sollen die teilweise chaotischen Zustände in den Erstaufnahmestellen sowie bei der Verteilung auf die Kommunen künftig vermieden werden. Der Antrag „[Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben](#)“, welchen die CDU-Fraktion in den Landtag eingebracht hat, bemängelt, dass den Kommunen immer noch zu wenige finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, als tatsächlich benötigt werden. Um die Kommunen zu entlasten, schlägt die CDU-Fraktion deswegen unter anderem vor, dass das Land pro Flüchtling und Quartal 2.500 Euro vorab auszahlt. Eine Endabrechnung erfolgt dann im Folgejahr, wenn genau benennbar ist, wie viele Flüchtlinge eine Kommune zu versorgen hatte.

Großbritannien soll Teil der EU bleiben

Die am 23. Juni anstehende Entscheidung der Briten über den Verbleib in der Europäischen Union nahmen die Fraktionen im Landtag zum Anlass, in einem [gemeinsamen Antrag](#) für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU zu werben. Der Sauerländer Matthias Kerkhoff erklärte für die CDU-Fraktion dazu: „Wir als Nordrhein-Westfalen und als überzeugte Europäer wünschen uns, dass Großbritannien Teil der EU bleibt. Auch wenn der Antrag wohl keinen entscheidenden Einfluss auf das Abstimmungsergebnis haben wird, halte ich es für richtig, diesen Antrag hier zu beraten, weil Nordrhein-Westfalen und Großbritannien eng verbunden sind: Historisch, politisch, kulturell und wirtschaftlich.“ Weiter erklärte er: „Zahlreiche Schul- und Städtepartnerschaften sind in den vergangenen 70 Jahren begründet worden. Und auch wirtschaftlich gibt es enge Verflechtungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der drittgrößten Volkswirtschaft Europas. 2.500 deutsche Unternehmen in Großbritannien beschäftigen 370.000 Menschen. Deshalb gehört es zur Verantwortung dieses Parlaments, im Interesse derjenigen, deren Arbeitsplatz bei uns vom freien Handel auch mit Großbritannien abhängt, für den Verbleib Großbritanniens in der EU und im europäischen Binnenmarkt zu werben. Weil es uns im Interesse der Menschen und des Landes eben nicht egal sein kann!“



CDU kritisiert Versagen der Landesregierung bei dem Schutz der Polizisten

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutierte der Landtag auf [Antrag](#) der CDU über den Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten im Land.

Die Anzahl gewalttätiger Übergriffe auf Polizeibeamte ist in NRW in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. Am Montag berichtete die WAZ über einen internen Bericht des Landeskriminalamtes, wonach im Jahr 2015 fast 14.000 Polizisten in NRW beleidigt, bedroht oder körperlich angegriffen worden seien. Das bedeutet eine Steigerung um drei Prozent. Damit wird alle 67 Minuten ein Polizist attackiert. In 497 Fällen seien Polizeibeamte schwer verletzt worden, in weiteren 527 trugen sie zumindest leichtere Verletzungen davon. Immerhin sieben Angriffe wurden sogar als versuchter Mord oder Totschlag eingestuft.

Die CDU in NRW sieht es mit großer Sorge, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen unter rot-grüner Verantwortung immer weiter zunimmt. Zu Recht fragt die CDU in ihrer Antragsbegründung zur Aktuellen Stunde, wann die Landesregierung endlich konkrete Gegenmaßnahmen vorlegt.

In seiner Rede kritisierte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Theo Kruse, die aktuelle Situation: „Die Zahlen sind erschütternd und zugleich Beleg für einen Trend, der Widerstände gegen die Staatsgewalt verzeichnet. Binnen 10 Jahren gab es einen Anstieg von fast 48 Prozent. Diese Entwicklung ist aus Sicht der CDU-Fraktion unerträglich. Wir sind jedoch der Ansicht, dass sich die Zahl

der Angriffe wirksam reduzieren lässt. Der amtierenden rot-grünen Landesregierung fehlt dazu jedoch ganz offensichtlich der politische Wille.“

Die CDU-Fraktion hat in der laufenden Wahlperiode bereits zahlreiche Anträge und Gesetzesinitiativen vorgelegt, die konkrete Lösungen zur Eindämmung der Gewalt gegen Polizeibeamte aufzeigen. Kruse erklärte dazu: „Nach unserer Ansicht ist dazu ein Dreiklang von Maßnahmen nötig. Wir wollen erstens, dass Polizeibeamte strafrechtlich besonders geschützt werden.

Deshalb fordern wir seit Jahren, dass endlich eine Mindeststrafe für Angriffe auf Polizeibeamte im Strafgesetzbuch eingeführt wird. Zweitens haben wir die rot-grüne Landesregierung hier im Plenum mehrfach dazu aufgefordert, die nordrhein-westfälische Polizei endlich mit Body-Cams auszustatten. Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Frage, wie das Land als Dienstherr mit verletzten Polizeibeamten umgeht. Oft werden verletzten Beamten vor Gericht zwar Schmerzensgeld zugesprochen. Die Polizisten gehen jedoch leer aus, weil beim Schädiger nichts zu holen ist. Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass das Land in diesen Fällen

in Vorleistung gehen muss.“

Auch der Südwestfale Werner Lohn bezog für die CDU-Fraktion Stellung. Der Geseker Lohn kritisierte: „Minister Jäger, sie reden als ob Sie die Lage im Griff hätten. Dabei handeln sie immer erst dann, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Erst lehnen Sie die guten Vorschläge von der CDU und den Gewerkschaften ab, um sie dann viel zu spät halbherzig umzusetzen. Dabei müssen wir als Land eigentlich die



ausufernde Gewalt entschlossen bekämpfen.“

Aus Sicht von Lohn bedarf es daher eines Dreiklangs aus Ausbilden, Schützen und Zähne zeigen. „Beim „Zähne-Zeigen“ unseres Rechtsstaates ist bisher eine überwiegende Fehlanzeige festzustellen. Heute will Herr Jäger mit der Erprobung von Bodycams dann Zähne zeigen. Das ist endlich richtig, aber zu spät und nicht flächendeckend. Das sind allenfalls die „Dritten Zähne“ Herr Jäger,“ kritisierte Lohn in seiner Rede.

So erreichen Sie uns elektronisch:

Klaus.Kaiser@landtag.nrw.de

Jens.Kamieth@landtag.nrw.de

Matthias.Kerkhoff@landtag.nrw.de

Theo.Kruse@landtag.nrw.de

Werner.Lohn@landtag.nrw.de

Thorsten.Schick@landtag.nrw.de

Eckhard.Uhlenberg@landtag.nrw.de

Impressum:

V.i.S.d.P.: Klaus Kaiser, AG der südwestfälischen CDU-
Abgeordneten im Landtag NRW

Ansprechpartner: Klaus Kaiser MdL

Kontakt: klaus.kaiser@landtag.nrw.de

